



## Sitzung des NÖ Landtages

### Aktuelle Stunde

Der Landtag von Niederösterreich trat heute unter dem Vorsitz von Präsident Ing. Hans Penz zu einer Sitzung zusammen.

Zu Beginn wurde eine **Aktuelle Stunde** zum Thema "**Niederösterreichs Reformen als Grundlage für eine sichere Zukunft**" abgehalten.

Abgeordneter Dr. Martin **M i c h a l i t s c h** (VP) stellte die Frage nach der Sicherheit der Zukunft Niederösterreichs und hielt fest, dass diese Frage durch einen Blick auf die Gegenwart zu beantworten sei. 2011 habe es im Land Rekordbeschäftigung sowie ein Wirtschaftswachstum von 3,3 Prozent gegeben, der Tourismus schreibe Rekorde und man stehe auch finanziell gut da. Der Grund dafür sei, dass es im Land eine klare politische Führung gebe, man die Dinge stets rechtzeitig angegangen sei, man hohe Werte vertrete und Reformen umsetze. Als Beispiel führte er zunächst die Dienstpostenentwicklung in der Hoheitsverwaltung an. Hier habe man binnen zehn Jahren über 10 Prozent der Beschäftigten abgebaut. So habe man nun die schlankste Verwaltung aller Bundesländer und einen hohen Zufriedenheitswert bei der Bevölkerung. Für die Besoldungsreform habe es außerdem Lob vom Rechnungshof gegeben. Auch die Spitalsreform führte Michalitsch an. Von den 26 Milliarden, die bundesweit einzusparen seien, würden 5,2 Milliarden auf die Länder bzw. eine Milliarde auf Niederösterreich entfallen. Man habe mit der Verwaltungsreform hierzulande schon einen großen Schritt gesetzt, mache keine neuen Schulden mehr und habe ein Nulldefizit. Es werde eine Senkung des Abgangs bei den Landeskliniken und damit ein Sparen bei Organisation und Logistik geben. Mit diesen Maßnahmen werde es möglich sein, besagte Milliarde einzusparen.

Klubobfrau Dr. Madeleine P e t r o v i c (G) pflichtete ihrem Vorredner bei, dass die Situation in Niederösterreich in Sachen Verwaltung tatsächlich besser ausschaue als in anderen Bundesländern. Ihr gehe es jedoch primär um die ökologische Sicherheit und damit um die Nutzung von Ressourcen. Die Ressourcen seien endlich und man müsse sich fragen, welche Verpflichtungen Niederösterreich in diesem Zusammenhang habe. Speziell ging Petrovic auf das Thema Erd- bzw. Schiefergas ein. Schiefergas sei wieder ein fossiler Energieträger. Niederösterreich verfüge über viele erneuerbare Energiequellen und solle hier viel stärker investieren. Des weiteren nahm sich Petrovic der „demokratiepolitischen Sicherheit“ an und meinte, dass in modernen Demokratien der Regierungsverantwortung gleichwertig der Parlamentarismus an die Seite zu stellen sei.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) sprach im Zusammenhang mit dem Sparpaket der Bundesregierung von einem „Schröpfungspaket“ und meinte, dass der niederösterreichischen Steuerzahler nun für die Griechenland-Hilfe „bluten“ müsse. Zu der von Michalitsch angesprochenen Spitalsreform merkte er an, dass diese seinerzeit in Wahrheit von der FP angeregt worden war. Hinsichtlich des Einsparungswillens bei den Förderungen renne man bei der FP offene Türen ein. Weiters sprach er von einem „Kahlschlag bei den Familien“ und kritisierte die aktuellen Änderungen im Bausparbereich. Weiters sei ein „Anschlag auf den ländlichen Raum“ – Stichwort Bezirksgerichte – zu bemerken. Auch das Bundesheer werde „kaputt gespart“.

Abgeordneter Ing. Manfred S c h u l z (VP) meinte, dass Österreich auf gesunden Beinen stehen solle und man Perspektiven brauche, um Sicherheit zu geben. Darum sei von der Bundesregierung das größte Reformpaket der Zweiten Republik geschnürt worden. Die Länder leisteten ihren Beitrag zum Reformpaket, insgesamt 5,2 Milliarden Euro. Auf Niederösterreich entfielen dabei rund eine Milliarde Euro. Seit 1995 würden in Niederösterreich mittelfristige Budgetprogramme erstellt. Der Rechnungsabschluss zeige, dass Niederösterreich auf dem richtigen Weg sei. Niederösterreich habe die Ziele des Reformpakets und des Finanzministeriums bereits vorweggenommen. Daher seien aus niederösterreichischer Sicht keine großen Einschnitte nötig.

Klubobmann Mag. Günther L e i c h t f r i e d (SP) betonte, Niederösterreich sei ein Land, in dem es sich lohne zu arbeiten, in dem viele fleißige Hände und kluge Köpfe zusammenarbeiteten. Verantwortung der Politik müsste es sein, dass Wir in den Vordergrund zu rücken. Dabei müsse es aber möglich sein, manches kritisch zu betrachten. Es gehe nicht an, immer nur das Gute und nie den Nachholbedarf hervorzuheben.

Niederösterreich sei keine Insel der Seligen. In manchen Bereichen sei Föderalismus auch ein Bremser. Es gehe um die demokratische Staatsform und nicht um Populismus. Die Finanzierung der öffentlichen Hand müsse transparent und nachvollziehbar sein.

Abgeordneter Mag. Kurt H a c k l (VP) sagte, das Reformpaket sei ausgewogen, nachhaltig und ein wesentlicher Beitrag, die nächsten Generationen nicht ihrer Chancen zu berauben. Niederösterreich sei bereit, seinen Beitrag zu leisten. Die Herausforderung sei zu bewältigen, weil das Land bereits seine Hausaufgaben gemacht habe. Die Bezirkshauptmannschaften und damit die bürgernahe Verwaltung abschaffen zu wollen, sei kein Beitrag zur Verwaltungsreform. Das NÖ Budgetprogramm sei ausgewogen und schlüssig, das sagten auch angesehene Budgetexperten. Niederösterreich habe trotz Finanz- und Wirtschaftskrise in vielen Bereichen die Nase vorn.

Abgeordneter Martin S c h u s t e r (VP) berichtete zu einem Antrag betreffend **Landespflegeheime; Ausbau- und Investitionsprogramm 2012 bis 2018**.

Abgeordnete Amrita E n z i n g e r (G) eröffnete die Debatte: Der eingeschlagene Weg sei ein guter. Dabei dürfe aber nicht nur in die Häuser, sondern müsse auch in das Personal investiert werden. Sie meinte, die NÖ Pflegeheime würden von engagierten Mitarbeitern und Direktoren geführt. Leider seien in den letzten Jahren viele Physiotherapeuten und Ergotherapeuten eingespart worden. Aufgabe für die Zukunft sei es, die immer größere Anzahl der dementen Patienten zu betreuen bzw. zu pflegen. Gerade im Bereich der Pflege sei das „Betreute Wohnen“ unverzichtbar, forderte sie in diesem Zusammenhang einheitliche Richtlinien für ganz Niederösterreich. Damit könne man den Menschen die Möglichkeit geben, im Alter in ihrer gewohnten Umgebung betreut zu werden.

Abgeordneter Edmund T a u c h n e r (FP) sagte, auf Grund der immer älter werdenden Bevölkerung sei ein Ausbau der Landespflegeheime notwendig. Er forderte einen Abgang vom geplanten Leasingmodell, womit die Erweiterungen laut Vorlage der Landesregierung realisiert werden sollten. Seine Fraktion werde dieser Vorlage ihre Zustimmung geben.

Abgeordnete Christa V l a d y k a (SP) betonte, die Art der Pflege und der Pflegebedarf hätten sich in den letzten Jahren verändert. Nur wenn rechtzeitig in die notwendigen Maßnahmen investiert würde, könnte auf die steigende Lebenserwartung der Be-

völkerung richtig reagiert werden. Neben den räumlichen Voraussetzungen gehe es aber auch um entsprechendes Fachpersonal und deren Ausbildung. Ältere Menschen bräuchten mehr Wahlmöglichkeiten, besonders dezentrale Pflegeeinrichtungen in ihrer Gemeinde.

Abgeordneter Anton E r b e r (VP) meinte, die Pflege alter Menschen sei sehr belastend für die Familie, alte Menschen seien aber auch auf Grund ihres Wissens und ihrer Erfahrung ein großer Wert für jede Familie. Beim „Betreuten Wohnen“ brauche es „ein Herz und ein Ohr“ für ältere Menschen. Durch die NÖ Wohnbauförderung gebe es für Projekte von „Betreutes Wohnen“ eine Förderung von bis zu 80 Prozent. In Niederösterreich stehe immer der Mensch im Mittelpunkt, besonders die Senioren. Bis zum Jahr 2016 werde das Land rund 900 zusätzliche Betten in Pflegeheimen schaffen.

Die Vorlage wurde einstimmig angenommen.

Abgeordneter Karl B a d e r (VP) berichtete zu einem Antrag betreffend **Landespflegeheim Gänserndorf, Umbau und Sanierung**.

Abgeordneter Edmund T a u c h n e r (FP) meinte, das Barbaraheim in Gänserndorf umfasse nach der Sanierung 136 Betten. Für Umbau und Sanierung seien rund 3,9 Millionen Euro vorgesehen. Er sprach dem Pflegepersonal Dank und Anerkennung aus.

Abgeordnete Mag. Karin R e n n e r (SP) meinte, die Sanierung des Barbaraheimes werde aus Rücklagen finanziert. Ihre Fraktion werde der Vorlage gerne zustimmen.

Abgeordneter René L o b n e r (VP) sagte, das Barbaraheim sei ein Vorzeigebetrieb mit vielen engagierten Mitarbeitern. Zentrale Treffpunkte seien der Veranstaltungssaal und die Cafeteria, die auch Platz für Vernissagen biete. Im Barbaraheim werde auch die Interaktion zwischen alten und jungen Menschen gefördert.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Abgeordneter Ing. Franz G r a t z e r (SP) berichtete zu einem Antrag betreffend **NÖ Landesjugendheime, Änderung des Ausbau- und Investitionsprogramms 2008 bis 2015**.

Abgeordneter Emmerich W e i d e r b a u e r (G) meinte, seine Fraktion werde der Änderung des Gesetzes zustimmen, weil die stationäre Aufnahme von Jugendlichen in Heime zurückgedrängt werden müsse. In diesem Zusammenhang sei es notwendig, der Jugendwohlfahrt mehr Personal zur Verfügung zu stellen. Auch die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf habe etwas mit den Problemen der Jugendliche zu tun. Bei einer funktionierenden Partnerschaft gebe es eine optimale Entwicklung für die Kinder. Es müsse für eine Familie leistbar sein, dass Vater oder Mutter für eine bestimmte Zeit sich nur um die Kinder kümmern. Ursachenforschung und Prävention seien in diesem Zusammenhang wichtig.

Abgeordneter Ing. Martin H u b e r (FP) brachte seine Hoffnung zum Ausdruck, dass hier keine zu großen Einsparungen getätigt und das Geld zielgerichtet eingesetzt würde. Punkto Übergriffe auf Jugendliche sei stets schonungslose Aufklärung gefordert. Zu Allentsteig hielt er fest, dass der Einkauf nicht privatisiert werden sollte.

Abgeordneter Herbert T h u m p s e r (SP) merkte unter anderem an, dass es im Bereich Jugendwohlfahrt wesentliche Weiterentwicklungen gebe und dass die SP dieser Vorlage die Zustimmung geben werde.

Abgeordneter Martin S c h u s t e r (VP) widmete sich speziell dem Landesjugendheim in Perchtoldsdorf, für das man im zweiten Anlauf einen guten Standort gefunden habe. Besonders im Hinblick darauf, dass hier auch schwerst behinderte Menschen Unterkunft finden, habe man hier seitens der Politik ein eindeutiges Signal gesendet und Unterstützung gegeben. Dafür sei allgemeiner Dank auszusprechen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Die beiden folgenden Anträge wurden bei getrennter Berichterstattung (jeweils Abgeordneter Edmund T a u c h n e r , FP) und Abstimmung gemeinsam behandelt:

- **Wohnbauförderung auch für Eigenheime mit Gasheizung.** Der Ausschuss-Antrag lautet auf Ablehnung.
- **Keine Kürzung der Zuschüsse bei Bausparverträgen.** Der Ausschuss-Antrag lautet auf Ablehnung.

Abgeordnete Dr. Helga K r i s m e r - H u b e r (G) ging zunächst auf die Thematik Wohnbauförderung auch für Eigenheime mit Gasheizung ein und meinte, dass die

Wohnbauförderungsrichtlinie hier ab dem nächsten Jahr gänzlich verzichten sollte. Zum Thema Bausparverträge meinte sie, dass der niederösterreichischen Bevölkerung durch die Änderungen rund 20 Millionen Euro vorenthalten würden. Dies sei nicht vernünftig, weshalb die Grünen den vorliegenden Antrag in der Sache unterstützen würden.

Klubobmann Gottfried **W a l d h ä u s l** (FP) sagte im Hinblick auf die Wohnbauförderung für Eigenheime mit Gasheizung bzw. zu seiner Vorrednerin, dass man nicht Dinge beenden sollte, solange man keine Alternativen sicherstellen könne. Die Menschen sollten frei entscheiden können, wie sie heizen. Man dürfe ihnen nicht die Möglichkeit einer Förderung verwehren. Zu den Bausparverträgen meinte er, dass Niederösterreich hauptsächlich betroffen sei und von den gegebenen Darlehen auch am meisten profitieren würde. Das bisherige Modell habe stets funktioniert, sowohl der Staat als auch die Sparerinnen und Sparer konnten sich immer darauf verlassen. Durch die Kürzung würde am falschen Platz gespart, die Wirtschaft geschwächt und vor allem die Bauwirtschaft und das Baunebengewerbe massiv getroffen. Er forderte in diesem Zusammenhang eine namentliche Abstimmung.

Abgeordneter Gerhard **R a z b o r c a n** (SP) hielt punkto Wohnbauförderung für Eigenheime mit Gasheizung fest, dass sich Österreich zu Klimazielen bekannt hätte, diese Ziele nicht erreichen könne und dafür Strafzahlungen leisten müsse. Die Wohnbauförderung müsse dennoch ökologisch ausgerichtet sein, es sei daher nicht notwendig, Gasheizungen zu fördern. Zum Bausparen meinte er, dass die Bundesregierung ein Konsolidierungspaket beschlossen habe, und dass ein solches Paket immer einen Kompromiss darstelle. Seine Fraktion sei hier nicht mit allem glücklich, die SP habe in Allianz mit den Grünen eine Vermögens- bzw. Reichensteuer angedacht, FP, BZÖ und VP hätten dies auf Bundesebene jedoch abgelehnt. Aufgrund dieses Kompromisses würden daher nun leider maximal 18 Euro für die Inhaberinnen und Inhaber von Bausparverträgen verloren gehen.

Abgeordneter Martin **S c h u s t e r** (VP) meinte zu den Bausparverträgen, die optimale Lösung bei einem Reformpaket habe niemand. Der vorliegende Entwurf bringe Einsparungspotenziale, die niemand für möglich gehalten habe. Aus dem Bündel an Maßnahmen sollte man nicht einzelne herauspicken.

Abgeordneter Erich **K ö n i g s b e r g e r** (FP) sprach von „verdrehten Zahlen und Fakten“. Betroffen seien 5,5 Millionen Menschen, das sei eine Massensteuer schlecht-

hin. Auf den Frontalangriff auf kleine Sparer und Familien brauchten VP und SP nicht stolz sein.

Der auf Ablehnung lautende Antrag Wohnbauförderung wurde gegen die Stimmen von FP mit Mehrheit angenommen. Der ebenfalls auf Ablehnung lautende Antrag Bausparverträge wurde namentlich abgestimmt. 44 Abgeordnete sprachen sich dafür aus, der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

Abgeordneter Ing. Andreas P u m (VP) berichtete zu einem Antrag der Abgeordneten Mag. Schneeberger, Mag. Leichtfried, Waldhäusl, Dr. Krismer-Huber u. a. **betreffend Verhinderung der Inbetriebnahme des slowakischen Atomkraftwerkes Mochovce 3 und 4 sowie Ökologisierung der Elektrizitätsabgabe.**

Abgeordnete Dr. Helga K r i s m e r - H u b e r (G) eröffnete die Debatte: Es passiere sehr selten, dass im Landtag derartige Einigkeit herrsche wie bei Mochovce. Zum Verhandlungsgegenstand brachte sie einen 4 Parteien-Ergänzungsantrag ein: Müssten Atomkraftwerke haften, könnten sie in Europa nicht mehr realisiert werden.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) sagte, es sei erfreulich, dass im Landtag alle Parteien an einem Strang ziehen. Wenn es um die Sicherheit Niederösterreichs gehe, könne man nur mit einer Zunge Nein sagen. Er wünsche sich aber ein noch mutigeres und ambitionierteres Auftreten von der EU- bis zur Gemeindeebene.

Klubobmann Mag. Günther L e i c h t f r i e d (SP) betonte, Kernenergie stelle eine riesige Bedrohung dar. Der jahrzehntelange Irrweg müsse möglichst rasch ein Ende finden. Das gemeinsame Ziel eines Einstiegs zum Ausstieg sei aber wieder in den Hintergrund gerückt. Es sei ein Akt des Selbstschutzes, gegen die grenznahen Atomkraftwerke aufzutreten. Der Vorstoß von Landesrat Pernkopf zur Ökologisierung der Elektrizitätsabgabe sei zu begrüßen.

Abgeordneter Ing. Franz R e n n h o f e r (VP) führte aus, Atomkraft sei nicht nur eine Frage der Energie-, sondern auch der Sicherheitspolitik. Niederösterreich habe sich hier klar abgegrenzt und stehe für erneuerbare Energie. In Bezug auf Mochovce sei ein Schulterschluss notwendig. Niederösterreich sei auch von Beginn an einhellig gegen Atomkraftwerke aufgetreten. Der Abänderungsantrag sei ein wichtiger Schritt in Richtung Kostenwahrheit.

Abgeordneter Erich K ö n i g s b e r g e r (FP) meinte, die politisch Verantwortlichen in Niederösterreich und in Österreich seien seit der Katastrophe in Fukushima und auf Grund der Inbetriebnahme des slowakischen Atomkraftwerks Mochovce 3 und 4 zum Handeln verpflichtet. Das Land Niederösterreich müsse sich auch gegen die Errichtung eines Atomlagers in der Westslowakei aussprechen.

Der ursprüngliche Antrag wurde in Bezug auf die Versicherungssummen abgeändert. Der Hauptantrag wurde einstimmig angenommen.

Abgeordneter Ing. Martin H u b e r (FP) berichtete zu einem Antrag gemäß § 34 LGO 2001 der Abgeordneten Maier, Antoni, Königsberger, Enzinger u. a. **betreffend Gewährleistung der Verkehrssicherheit und des Verkehrskomforts auf der B 37.**

Abgeordnete Amrita E n z i n g e r (G) meinte, ihre Fraktion werde diesen Antrag unterstützen, da jeder Verkehrsunfall ein Unfall zu viel sei. Dabei müsse man aber berücksichtigen, dass jede neue Straße zusätzlichen Verkehr anziehe. Viel wichtiger sei es daher, den öffentlichen Verkehr auszubauen.

Abgeordneter Erich K ö n i g s b e r g e r (FP) erinnerte, dass es auf der B 37 von Gneixendorf bis zum Gföhlerberg die meisten Unfälle mit bisher 15 Toten gegeben habe. Er forderte einen vierspurigen Ausbau der B 37 und eine Mittelleitschiene im Bereich des Gföhlerbergs. Eine Section Control und mehr Polizeikontrollen seien zu wenig.

Abgeordneter Konrad A n t o n i (SP) sagte, die B 37 im Streckenabschnitt Krems – Rastendorf habe im Jahr 2011 eine traurige Bilanz aufzuweisen. Auch die Einsatzstatistik der Feuerwehr Gföhl verdeutliche die Wichtigkeit von Sofortmaßnahmen auf der B 37. Er unternahm einen Streifzug durch die wichtigsten Einsatzberichte der Polizei bzw. der Feuerwehr Gföhl und meinte, die schweren Unfälle hätten auch durch eine Section Control nicht verhindert werden können. 70 Prozent der Verkehrsteilnehmer würden am Gföhlerberg die erlaubte Höchstgeschwindigkeit überschreiten. Er forderte den vierspurigen Ausbau der B 37 und eine Mittelleitschiene.

Abgeordneter Ing. Johann H o f b a u e r (VP) sagte, die Erreichbarkeit des Waldviertels wurde mit der neuen Landeshauptstadt St. Pölten verbessert. Mit dem Ausbau von

Verkehrswegen wie der B 37 sei es möglich, rascher von Krems nach Zwettl zu fahren. Gerade auch mit dem Ausbau der B 38 in Oberösterreich sei eine Verbesserung des Straßennetzes für Waldviertel erreicht worden, führte er auch die bessere Anbindung des Waldviertels an Budweis und Iglau in Tschechien an. Auch die Wieselbusse würden seit vielen Jahren eine gute Anbindung des Waldviertels an St. Pölten ermöglichen.

Klubobmann Gottfried **W a l d h ä u s l** (FP) meinte, alle bisherigen Verkehrsmaßnahmen seien notwendig gewesen, aber es müsse nun auf der B 37 weiter geplant und gebaut werden. Langfristig werde die B 37 genauso ausgebaut wie seinerzeit die S 33. Er brachte gemeinsam mit den Abgeordneten Antoni, Königsberger u. a. einen **Antrag** betreffend vierspuriger Ausbau der B 37 ein.

Der Antrag betreffend Gewährleistung der Verkehrssicherheit und des Verkehrskomforts auf der B 37 wurde einstimmig angenommen, der Resolutionsantrag der Abgeordneten Waldhäusl, Antoni u. a. fand keine Mehrheit.

Abgeordnete Erika **A d e n s a m e r** (VP) referierte Bericht der Landesregierung betreffend **NÖ Bediensteten-Schutzgesetz 1998, Tätigkeitsbericht der NÖ Bedienstetenschutz-Kommission über die Jahre 2009 bis 2010.**

Abgeordneter Erich **K ö n i g s b e r g e r** (FP) betonte, die Bedienstetenschutz-Kommission nehme eine sehr wichtige Aufgabe wahr und habe sehr gewissenhaft gearbeitet. Seine Fraktion werde dem Bericht zustimmen.

Abgeordnete Mag. Karin **R e n n e r** (SP) hielt ebenfalls fest, dass die Tätigkeit der Bedienstetenschutz-Kommission eine sehr wichtige sei. Sie bedankte sich für deren Arbeit.

Abgeordneter Dr. Martin **M i c h a l i t s c h** (VP) meinte, der Bedienstetenschutz sei ein wichtiges Thema, dabei gehe es etwa um die Bereiche Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz. Es seien große Fortschritte erzielt worden.

Der Bericht wurde einstimmig zur Kenntnis genommen.

Abgeordneter Josef **E d l i n g e r** (VP) berichtete zu einem Antrag der Abgeordneten Ing. Hofbauer, Waldhäusl u. a. betreffend **Truppenübungsplatz Allentsteig – keine**

## **Maßnahmen zur Verschlechterung des Betriebes, sondern Hebung von Einsparungspotenzialen.**

Abgeordneter Emmerich **W e i d e r b a u e r** (G) stellte die Frage, warum sich Niederösterreich für ein Heer, dessen Reform noch nicht abgeschlossen sei, einen der größten Truppenübungsplätze Europas leiste. Ein radikales Umdenken sei ein Gebot der Stunde. Er schlug eine Dreiteilung des Truppenübungsplatzes vor: Ein Teil für Übungen des Bundesheeres und anderer Sicherheitseinrichtungen, ein Teil für landwirtschaftliche Flächen und ein Teil zum Schutz der Artenvielfalt. Er brachte einen **Resolutionsantrag** betreffend geänderte Verwendung des TÜPL ein.

Abgeordneter Christian **H a f e n e c k e r** (FP) sagte, durch die Pläne des Ministers werde der Übungsbetrieb am Truppenübungsplatz massiv eingeschränkt. Außerdem gebe es dadurch einen Verlust der Wertschöpfung für ortsansässige Betriebe. Bereits jetzt übten auch anderen Armeen auf dem Truppenübungsplatz. Der Übungsbetrieb sollte weiter ausgebaut werden. Es gehe dabei um das Bundesheer, die Sicherheit und um die Menschen in der Region. Er brachte einen **Resolutionsantrag** betreffend Ausbau und Weiterentwicklung des TÜPL Allentsteig zu einem internationalen militärischen Kompetenz- und Übungszentrum ein.

Abgeordneter Hermann **F i n d e i s** (SP) betonte, es gehe nicht um einen Verkauf an Private und schon gar nicht um den Truppenübungsplatz als solches. Er appellierte zur Sachlichkeit zurückzukehren und brachte einen **Resolutionsantrag** betreffend Weiterverpachtung der landwirtschaftlichen Flächen im Bereich des Truppenübungsplatzes an die regionalen Landwirte ein.

Abgeordneter Franz **M o l d** (VP) blickte auf die Geschichte des Truppenübungsplatzes zurück und merkte an, dass der Truppenübungsplatz mit 600 Arbeitsplätzen der zweitgrößte Arbeitgeber im Bezirk Zwettl sei. Durch eine Ausgliederung der Heeresforstverwaltung und die Überlassung an die Bundesforste oder an eine andere privatrechtliche Gesellschaft seien negative Auswirkungen auf den militärischen Bereich und auch auf die Arbeitsplätze und die bäuerlichen Betriebe in der Region zu erwarten. Konkret wäre etwa das Primat der militärischen Nutzung nicht mehr gegeben, es wären landwirtschaftliche Flächen im Ausmaß von ca. 2.500 Hektar gefährdet, die für die Bauern als Pachtflächen unverzichtbar sind, und durch die Verlagerung von Verwaltungsaufgaben nach Wien würden Arbeitsplätze vor Ort vernichtet. Mit derartigen Maßnah-

men würde, so Mold, gegen die Region, die Wirtschaft in der Region, gegen das Militär und gegen die Bauern der Umgebung gehandelt werden.

Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen, die Resolutionsanträge der Grünen (Geänderte Verwendung des TÜPL) und des Abgeordneten Findeis (Weiterverpachtung) fanden keine Unterstützung, der Resolutionsantrag der Abgeordneten Hafenecker, Mold u. a. (Ausbau TÜPL) wurde angenommen.

Die beiden folgenden Geschäftsstücke wurden bei getrennter Berichterstattung und Abstimmung gemeinsam behandelt:

- **Tätigkeitsberichte des NÖ Gesundheits- und Sozialfonds und der NÖ Landeskliniken-Holding für das Jahr 2010** (Berichterstatter: Abgeordneter Mag. Lukas Mandl, VP)
- **Änderung des NÖ Gesundheits- und Sozialfondsgesetzes 2006 (NÖGUS-G 2006)** (Berichterstatter: Abgeordneter DI Willibald Eigner, VP)

Abgeordnete Heidemaria Onodi (SP) ging näher auf die Inhalte der beiden Berichte ein und erläuterte einige der Projekte, die 2010 in diesem Bereich durchgeführt worden waren, beispielsweise das Reformpoolprojekt in Krems, die interdisziplinäre Aufnahmestation in Horn oder auch das Entlassungsmanagement. Positiv erwähnte sie die Fachhochschulausbildungen im Gesundheitsbereich und die Projekte zur Gesundheitsvorsorge. In Niederösterreich werde nach der Devise gehandelt, dass jede und jeder hierzulande eine Möglichkeit der Behandlung und Betreuung finden solle. Damit sei man sicher auf einem guten Weg.

Abgeordnete Dr. Helga Krismer-Huber (G) kritisierte, dass die Berichte bereits seit längerer Zeit im Hause seien, doch mit dem heutigen Tag erst relativ spät im Landtag behandelt würden. Man habe in Niederösterreich ein effizientes Gesundheitswesen, doch befinde sich auch auf einer Gratwanderung, beispielsweise dürften Arztgespräche nur noch kurze Zeit dauern. Kritisch merkte sie an, dass man Topkräfte aus dem medizinischen Bereich nur schwer an die Häuser in Niederösterreich binden könne. Sie führte an, dass eine Krankenkasse ausreichen würde, dies würde mehr Fairness im System bringen. Richtung FP sagte sie, dass diese eine Zweiklassenmedizin wolle. Die Grünen würden hier nicht mitgehen und auch der Gesetzesänderung nicht zustimmen.

Abgeordneter Ing. Martin H u b e r (FP) meinte ebenso, dass der NÖGUS-Bericht künftig schneller in den Landtag kommen sollte. Die FP werde beiden Vorlagen zustimmen, denn sie stehe hinter der Holding. Er meinte, dass seine Fraktion zwar keine Zweiklassenmedizin, allerdings eine Zweikassenmedizin anstrebe. Man fordere eine Kasse für In- und eine für Ausländer. In einem **Resolutionsantrag** gemeinsam mit seinen Fraktionskollegen forderte er die Übernahme der Kosten für Zahnregulierungen bei Jugendlichen.

Abgeordneter Otto K e r n s t o c k (SP) schloss sich der Kritik seiner Vorredner hinsichtlich der Dauer der Übermittlung der Berichte an. Dies sei gerade im Gesundheitsbereich, wo sich viel getan habe, zu kritisieren. Weiters informierte er darüber, dass das Jahr 2010 im Zeichen der Zentralisierung des Einkaufs gestanden habe und identifizierte die Sicherstellung der Gesundheitsversorgung, die nachhaltige Finanzierbarkeit, die hohe Zufriedenheit von Patienten und Mitarbeitern sowie die Förderung von Selbstverständnis und Image als Unternehmensziele. Zuletzt ging er noch auf die Elektronische Gesundheitsakte ein.

Abgeordneter Karl B a d e r (VP) meinte, dass in Niederösterreich im medizinischen Bereich gut ausgebildetes Personal zu finden sei. Einen Schwerpunkt der NÖGUS-Arbeit würde die Prävention darstellen, hier gebe es einige großartige Projekte. Die Mitarbeiter vor Ort in den Landeskliniken seien der Erfolgsfaktor für die Holding. Im Gesundheitsbereich seien bis jetzt schon viele Vorarbeiten geleistet worden, um die Ziele des Reformpakets zu erreichen. Den Sinn von Spitälern an deren Entfernung zueinander zu messen, sei absurd.

Bei der folgenden Abstimmung wurden beide Anträge gegen die Stimmen der Grünen mit Mehrheit angenommen. Der Resolutionsantrag fand die Mehrheit von FP und VP.

Abgeordneter Ing. Manfred S c h u l z (VP) begründete die Dringlichkeit und berichtete zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Ing. Schulz u. a. betreffend **Forderung nach einer verpflichtenden Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) für Schiefergas-Projekte**. Es gebe in der Bevölkerung große Unsicherheit in Bezug auf Tourismus, Landwirtschaft und Grundwasser. Es gehe um Lebensqualität und Sicherheit für die Bevölkerung. Dafür gehörten die Fakten auf den Tisch.

Die Dringlichkeit wurde einstimmig zuerkannt.

Abgeordnete Dr. Helga K r i s m e r - H u b e r (G) eröffnete die Debatte: Das Problem der Schiefergasbohrungen im Weinviertel sei tatsächlich ein dringliches. Die Grünen sprächen sich klar gegen die Bohrungen aus. Man habe weder Zeit noch Geld, um auf diese Technologie zu setzen. Man müsse sich entscheiden, ob man auf seiten der großen Unternehmer oder der Menschen stehe. Mit einem Geschäftsordnungsantrag forderte sie eine getrennte Abstimmung.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) sagte, das oberste Gebot des Schutzes von Mensch und Umwelt stehe nicht nur bei den Grünen im Vordergrund. Das Thema sei zu wichtig, um populistisch vor Ort dagegen Stimmung zu machen. Er sage Nein zum Fracking, aber nicht zu allfälligen anderen ökologischen Methoden. Dazu benötige man nun einmal Probebohrungen. Dafür eine UVP vorzuschreiben, sei sehr vernünftig.

Klubobmann Mag. Günther L e i c h t f r i e d (SP) meinte, es gehe darum, weder Technikfreundlichkeit noch Technikgläubigkeit zu propagieren. Der Weg in eine fossilfreie Zukunft werde Jahrzehnte dauern. Auch der NÖ Energiefahrplan nenne Erdgas als wichtigsten Brückenenergieträger. Wenn es tatsächlich nur Fracking als einzige Methode gebe, werde niemand im Landtag zustimmen. Es gehe nicht darum, die UVP zu verhindern, die SP wolle sie aber erst dann, wenn die ökologische Gewinnung gewährleistet sei. Abschließend brachte er einen **Abänderungsantrag** ein.

Abgeordneter Mag. Kurt H a c k l (VP) brachte ebenfalls einen **Abänderungsantrag** ein. Es könne nur ein klares Nein zum Fracking im Weinviertel geben. Es gebe zu viele offene Fragen, zu wenig Antworten und zu viele Risiken. Nachhaltige hätten vor wirtschaftlichen Interessen zu stehen. Das Weinviertel stehe für sanften Tourismus und Authentizität, ohne dass Lebensqualität und Sicherheit der Menschen in der Region bedroht seien. Er meinte, die Menschen und die Umwelt müssten im Weinviertel im Vordergrund stehen.

Abgeordnete Dr. Helga K r i s m e r - H u b e r (G) sagte, die Förderung von Schiefergas müsse genauer dargestellt bzw. beschrieben werden, insbesondere bestehe eine Gefahr bei der Beimengung von chemischen Zusätzen. Zudem würde bereits bei einer Probebohrung Methan entweichen, was massiv klimaschädigend sei. Auch Uran werde in den nächsten Jahren ausgehen, und damit habe auch die Atomkraft keine Zu-

kunft mehr. Viel wichtiger sei daher der Ausbau von Biomasse, Solarenergie und Windkraft.

Der Antrag wurde in einer getrennten Abstimmung jeweils mit Mehrheit angenommen. Der Abänderungsantrag des Abgeordneten Mag. Leichtfried u. a. blieb in der Minderheit, der Abänderungsantrag des Abgeordneten Mag. Hackl u. a. fand eine Mehrheit.

Schluss der Sitzung!